



Politisches Positionspapier

von Fairtrade Deutschland

Juni 2025



Inhalt

| | |
|---|----------|
| Zusammenfassung | 2 |
| I. Über Fairtrade Deutschland | 3 |
| II. Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik | 4 |
| III. Leitsätze – Warum es Fairness braucht | 6 |
| Menschenrechte brauchen Fairness – weil wir alle verantwortlich sind | 6 |
| Nachhaltigkeit braucht Fairness – weil wir nur gemeinsam globale Herausforderungen lösen können | 6 |
| Wirtschaft braucht Fairness – weil alle von einem fairen Wettbewerb profitieren | 7 |
| IV. Nachhaltiges Wirtschaften braucht fairen Handel – Was es für einen fairen Handel braucht | 8 |
| Gesetzliche Grundlagen für faire Wettbewerbsbedingungen | 8 |
| Eine starke Nachfrage nach fairen Produkten | 9 |
| Unterstützung für nachhaltiges Wirtschaften | 10 |
| Unterstützung des fairen Handels und einer aktiven Zivilgesellschaft | 12 |

Zusammenfassung

Das Ziel von Fairtrade Deutschland, die Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern sowie der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ursprungsländern von Fairtrade-Produkten zu verbessern, wird durch die Schaffung fairer Handelsbedingungen, zu denen auch faire Preise gehören, gefördert. Darüber hinaus hat Fairtrade Deutschland auch einen politischen Auftrag: Gemeinsam mit seinen Mitglieds- und Partnerorganisationen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik arbeitet Fairtrade Deutschland an guten Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges und faires Wirtschaften. Dabei gilt es nicht nur, negative Effekte von politischen Maßnahmen auf die Produzentinnen und Produzenten in den Ursprungsländern zu verhindern, sondern gerade auch darum, weltweit Grundlagen für einen fairen Handel und ein nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen. Fairtrade Deutschland setzt sich für einen intelligenten Mix aus gesetzlichen Vorgaben für faire Wettbewerbsbedingungen, Stärkung der Nachfrage nach fair gehandelten Produkten und Rohstoffen, sowie Unterstützung freiwilliger Maßnahmen für ein nachhaltiges Wirtschaften und die Unterstützung des fairen Handels selbst ein.

Die Wahrung der Rechte aller Menschen entlang internationaler Lieferketten ist ein zentrales Anliegen und sollte Richtschnur politischen Handelns sein. Die gesetzliche Grundlage hierfür bilden Menschen- und Arbeitsrechte, Kinderrechte und Geschlechtergerechtigkeit sowie Umwelt- und Klimaschutz. Regierungen weltweit müssen diese Rechte durch gesetzliche Vorgaben umsetzen. Fairtrade Deutschland setzt sich besonders dafür ein, dass existenzsichernde Einkommen und Löhne sowie verantwortungsvolle Handelspraktiken in gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt werden. Neben Vorschriften braucht es aber auch Anreize für ein nachhaltiges Wirtschaften. Eine besondere Rolle kommt dabei der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung zu. Fairtrade Deutschland unterstützt entsprechende politische Maßnahmen und die praktische Umsetzung. Um ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen, muss das Regierungshandeln in Deutschland und Europa an nachhaltigen Entwicklungszielen ausgerichtet sein. Dazu gehört auch eine auskömmlich finanzierte, eigenständige Entwicklungszusammenarbeit. Um die Wirkung des fairen Handels zu verstärken, bedarf es außerdem der Unterstützung der Organisationen des fairen Handels selbst und einer aktiven Zivilgesellschaft.

I. Über Fairtrade Deutschland

Fairtrade verbindet weltweit Konsumentinnen und Konsumenten, Unternehmen und Produzentenorganisationen und verändert Handel(n) durch bessere Preise, Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter auf Plantagen und in Fabriken in Ländern des globalen Südens. Seit 50 Jahren kämpft die Fair-Handels-Bewegung in Deutschland für eine strukturelle Veränderung des Welthandels, seit 1992 mit Unterstützung von Fairtrade Deutschland. Durch die Vergabe des Fairtrade-Siegels, die direkte Zusammenarbeit mit engagierten Unternehmen sowie Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit einer Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure schafft Fairtrade ein höheres Bewusstsein für globale Zusammenhänge und die Auswirkungen des konventionellen Welthandels und erzielt außerdem konkrete Wirkungen im globalen Süden für über 1,9 Mio. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter. Der faire Handel zeigt Alternativen zu einer teilweise auf Ausbeutung und Umweltzerstörung beruhenden Handelspolitik und Handelspraxis auf und hilft, Machtungleichgewichte im Handel zu reduzieren, um letztlich Ausbeutung und Armut zu überwinden. Durch konkrete Maßnahmen leistet er einen unmittelbaren Beitrag zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen entlang globaler Lieferketten.

Mit seiner breiten zivilgesellschaftlichen Basis hat der faire Handel auch einen politischen Auftrag. Die Fairtrade-Strategie 2021-2025 verankert die politische Advocacy- und Lobbyarbeit fest in der Arbeit von Fairtrade Deutschland. Gemeinsam mit Partnern auf der ganzen Welt beobachtet Fairtrade politische Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen auf den internationalen Handel, die Arbeits- und Lebensbedingungen entlang globaler Lieferketten und auf globale Herausforderungen wie die Umwelt-, Klima- oder Biodiversitätskrise. Diese Themen sind für den fairen Handel von großer Relevanz – ohne funktionsfähige Ökosysteme kann es keine funktionierende Landwirtschaft geben. Deswegen liegt es im besonderen Interesse von Fairtrade, sich zu diesen Themen politisch zu positionieren. Vor allem positioniert sich Fairtrade Deutschland für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ursprungsländern der Fairtrade-Produkte. Unser Ziel ist es, die Menschen- und Arbeitsrechte dieser Menschen zu wahren und durch faire Preise und Löhne zur Verminderung von Armut und Ungerechtigkeit beizutragen.

Als freiwilliger Ansatz ergänzt Fairtrade bestehende Gesetze und fordert darüber hinaus die kontinuierliche Weiterentwicklung des gesetzlichen Rahmens. Mit seiner politischen Arbeit will Fairtrade ordnungspolitische Veränderungen erreichen, die faire Wettbewerbsbedingungen stärken und so eine nachhaltige Wirtschaftsweise zum Wohle aller Beteiligten fördern. Viele Herausforderungen entlang internationaler Lieferketten, z. B. ausbeuterische Kinderarbeit und der Einsatz von gefährlichen Pestiziden, gehen auf systemische Ursachen in internationalen Lieferketten wie auch in den Ursprungsländern zurück. Um diese zu überwinden braucht es mehr als Vorgaben und Standards. Es müssen Alternativen geschaffen und im Zusammenspiel mit verschiedenen Akteuren an gesamtgesellschaftlichen Lösungen gearbeitet werden, um bereits existierende Vereinbarungen einzuhalten, wie die Konventionen zu Menschen-, Arbeits- und Kinderrechten oder das Pariser Klimaabkommen. Fairtrade leistet einen wichtigen Beitrag dazu: durch Mindestpreise, Prämienzahlungen und weitere faire Handelsbedingungen sowie konkrete Projekte in den Ursprungsländern.

Zu dem „Smart Mix“ nötiger Maßnahmen gehören neben Verboten und Geboten (z. B. zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten) auch Instrumente wie kostendeckende Mindestpreise, eine nachhaltige Beschaffung und die Selbstverpflichtung von Unternehmen in Deutschland

und Europa sowie Maßnahmen von Akteuren außerhalb des Fairtrade-Systems. Die Prinzipien des fairen Handels können dabei als Vorbild und Leitlinien dienen.

Für seine politische Arbeit kooperiert Fairtrade Deutschland mit einer Vielzahl von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die Basis unseres Vereins bilden 35 Mitgliedsorganisationen aus verschiedenen Bereichen. Sie mandatieren Fairtrade Deutschland und erreichen über ihre Netzwerke Millionen Bürgerinnen und Bürger. Sie tragen den Gedanken und die Bedeutung des fairen Handels und unsere Verantwortung für einen nachhaltigen Konsum in die Breite der Gesellschaft. Die Mitgliedsorganisationen sind an der Entwicklung der Fairtrade-Strategie und des Positionspapiers beteiligt, sie unterstützen und bekräftigen die politische Arbeit von Fairtrade Deutschland.

Das vorliegende Positionspapier stellt die zentralen Themen für die politische Arbeit von Fairtrade Deutschland dar. Es handelt sich hierbei nicht um eine abgeschlossene Liste: Neben den sich aus der Tätigkeit von Fairtrade ergebenden Schwerpunkten bestimmen und verändern aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen die konkrete Ausgestaltung.

II. Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik

Die bestehenden wirtschaftlichen und handelspolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen maßgeblich, in wie fern eine nachhaltige Entwicklung möglich ist. Daher setzt sich Fairtrade mit drei Ansätzen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen ein:

1) Fairtrade agiert als Vorbild für faire Handelsbedingungen und nachhaltiges Wirtschaften

Durch die fortlaufende und systematische Weiterentwicklung des Standard- und Zertifizierungssystems entwickelt Fairtrade skalierbare Lösungen für einen fairen Handel. Fairtrade verpflichtet die Akteure entlang der Lieferketten zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Verhinderung von Kinder- und Zwangsarbeit, gibt die Einhaltung von Gesundheits- und Arbeitssicherheitsstandards vor und trägt zu übergeordneten Zielen wie Geschlechtergerechtigkeit bei. Darüber hinaus müssen verantwortungsvolle Handelspraktiken wie langfristige Handelsbeziehungen, die Garantie von Mindestpreisen und die Auszahlung von Prämien eingehalten werden. Zusätzlich zur Umsetzung der Standards vor Ort und Kontrolle durch FLOCERT sammelt Fairtrade in gemeinsamen Projekten mit Unternehmen und Kooperativen in Afrika, Asien und Lateinamerika Erfahrungen zu innovativen Lösungsansätzen, z. B. zur Erreichung existenzsichernder Einkommen oder zur Anpassung an den Klimawandel. Die Erkenntnisse aus diesen Projekten teilt Fairtrade auch in den verschiedenen Multi-Akteurs-Partnerschaften wie dem Forum Nachhaltiger Kakao, dem Aktionsbündnis nachhaltige Bananen, dem Bündnis für nachhaltige Textilien oder der Initiative für Nachhaltige Agrarlieferketten (INA), in denen sich unser Verein einbringt. Dabei stehen die Perspektive der Fairtrade-Produzentinnen und -Produzenten am Anfang der Wertschöpfungsketten und der Abbau von Ungleichheiten und Machtgefällen immer an erster Stelle.

2) Fairtrade bewegt Menschen zum Handeln

Die Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit von Fairtrade Deutschland und der Fair-Handels-Bewegung als Ganzes schafft Bewusstsein für globale Zusammenhänge und gibt den Menschen ein Gesicht, die uns mit Produkten wie Kaffee oder Bananen versorgen. Sie verbindet die Produzentinnen und Produzenten mit den Konsumentinnen und Konsumenten und zeigt, welche Auswirkungen unser Konsum auf die Menschen und die Umwelt in anderen Teilen der Welt hat. Fairtrade geht dabei über wirtschaftliche Aspekte hinaus und ist Teil einer Bewegung, die sich gegen Ausbeutung und für globale Gerechtigkeit einsetzt. Fairtrade verändert den Diskurs in der Gesellschaft über Fairness und unterstützt Menschen, die sich sowohl als Konsumentinnen und Konsumenten als auch als Bürgerinnen und Bürger für faire Handelsbedingungen einsetzen. Das Engagement der Menschen in Fairtrade-Towns, -Schools und -Universities und unseren Mitgliedsorganisationen sowie die hohe Kaufbereitschaft für faire Produkte sind ein klares Signal an die Politik.

3) Fairtrade beeinflusst direkt die Politik

Um die für den fairen Handel und ein nachhaltiges Wirtschaften entscheidenden politischen Positionen zu stärken, arbeitet Fairtrade auch direkt mit politischen Entscheidungstragenden und politischen Institutionen zusammen. Auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene trägt Fairtrade Deutschland in Partnerschaft mit seinen Mitgliedsorganisationen, der deutschen Fair-Handels-Bewegung, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und unseren kommerziellen Partnern konstruktiv-kritische Vorschläge an die Politik heran, wie Gesetze und deren Umsetzung Nachhaltigkeit fördern und ordnungspolitische Rahmenbedingungen verbessert werden können. Dies erfolgt durch Gespräche mit Abgeordneten und Behörden, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sowie politische Elemente in Kampagnen, z. B. Petitionen. Auf EU- und UN-Ebene arbeitet Fairtrade Deutschland mit den Einrichtungen des internationalen Fairtrade-Systems und des fairen Handels zusammen, wie Fairtrade International und dem Fair Trade Advocacy Office (FTAO). Produzentinnen und Produzenten vertreten über eigene Advocacy-Kapazitäten der Produzentennetzwerke selbstbestimmt ihre Interessen in ihren Ländern und durch die Zusammenarbeit mit Fairtrade International, FTAO und den nationalen Fairtrade Organisationen, wie Fairtrade Deutschland, in ihren Zielmärkten.

III. Leitsätze – Warum es Fairness braucht

Menschenrechte brauchen Fairness – weil wir alle verantwortlich sind

Fairtrade bekennt sich zu den Menschenrechten und setzt sich neben deren Achtung auch für deren Weiterentwicklung ein. Dazu gehören die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, wie sie z. B. in den ILO-Kernarbeitsnormen festgehalten sind. Für die Gewährleistung dieser Rechte sind die Staaten verantwortlich, doch für ihre Umsetzung stehen auch die Wirtschaftsunternehmen in der Verantwortung. Einen fairen Wettbewerb kann es nur geben, wenn alle Beteiligten nachweislich zur Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsrechten beitragen. Fairtrade fördert Menschen- und Arbeitsrechte, Gleichberechtigung und Umweltschutz durch die Fairtrade-Standards und durch Projekte in den Ursprungsländern.

Menschenrechte hängen nicht nur von ökonomischen Voraussetzungen ab, sondern auch von einer gesunden Umwelt mit nachhaltig verfügbaren Ressourcen wie Boden, Wasser oder Wäldern. Die Klima- und Biodiversitätskrise schränkt allerdings immer dramatischer die landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten und damit die Existenzgrundlage vieler Kleinbauernfamilien und Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit ein. Damit auch die Rechte zukünftiger Generationen gesichert sind, setzt sich Fairtrade für Handels- und Wirtschaftspraktiken ein, die die natürlichen Ressourcen bewahren, dem Klimawandel entgegenwirken und die Biodiversität erhalten. Vor diesem Hintergrund hat Fairtrade eine systemweite Strategie für nachhaltige Landwirtschaft auf Basis agrarökologischer Prinzipien verabschiedet, an der sich die weitere Entwicklung von Fairtrade orientiert.

Menschenrechte, faire Preise und umweltfreundliches Wirtschaften beeinflussen sich gegenseitig. Fairtrade trägt mit seinen Standards und Projekten sowie über politische Einflussnahme dazu bei, positive Rahmenbedingungen für die Verwirklichung von Menschen- und Arbeitsrechten weltweit zu schaffen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Arbeit mit und für Frauen und jungen Menschen, die besonders von Missständen betroffen und gleichzeitig wichtige Akteure im Kampf für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Entwicklungs- und Schwellenländern sind.

Nachhaltigkeit braucht Fairness – weil wir nur gemeinsam globale Herausforderungen lösen können

Durch die Unterzeichnung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) haben sich fast alle Staaten zur Förderung von Nachhaltigkeit verpflichtet. Nachhaltig können Lieferketten nach Überzeugung von Fairtrade jedoch erst dann sein, wenn eine faire Verteilung von Gewinnen und Risiken entlang der Wertschöpfungs- und Handelsketten sichergestellt ist. Erst dies ermöglicht vor Ort die Umsetzung und den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt, sowie Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung. Daher ist es unumgänglich, Nachhaltigkeit grundsätzlich in ökologischen, sozialen und ökonomischen sowie kulturellen Dimensionen zu betrachten und dafür zentrale Aspekte wie Geschlechtergerechtigkeit zu berücksichtigen. Fairtrade Deutschland arbeitet fortlaufend daran, diesem Anspruch gerecht zu werden. Alle Lieferkettenpartner haben die Verantwortung, nachhaltig zu handeln und ihre Bemühungen dazu transparent und nachvollziehbar zu machen.

Soziale und ökonomische Gerechtigkeit sind dabei Voraussetzung und Treiber von ökologischer Nachhaltigkeit. Der Erhalt der Biodiversität und unserer Lebensgrundlagen ist nur in fairen sozialen und ökonomischen Verhältnissen möglich. Ohne nachhaltige Lieferketten wird das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Entwicklung unerreichbar, was unfair gegenüber den Menschen am Anfang der Lieferkette ist und was darüber hinaus auch die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten selbst gefährdet. Ausbeutung und Umweltzerstörung können und dürfen nicht Grundlage unseres Wirtschaftens sein.

Wirtschaft braucht Fairness – weil alle von einem fairen Wettbewerb profitieren

Damit faire und nachhaltige Handelspraktiken kein Nachteil im Wettbewerb sind, braucht es gleiche Bedingungen für alle Marktteilnehmenden. Immer noch werden die Kosten einer nicht nachhaltigen Produktionsweise auf Mensch und Umwelt abgewälzt. Wettbewerb kann jedoch erst fair sein, wenn er auf Grundlage der „wahren Kosten“ geführt wird, die faire Preise, existenzsichernde Einkommen und Löhne, sowie ökologische und klimafreundliche Anbaumethoden abdecken.

Mindestpreise und Prämien, aber auch verantwortungsvolle Beschaffungspraktiken und kontinuierliche Unterstützungsmaßnahmen über Projekte und Weiterbildungen, auch durch die drei Fairtrade Produzentennetzwerke in Afrika, Asien und Lateinamerika, sind konkrete Ansätze hin zur Abbildung der Kosten einer nachhaltigen Produktion. Sie bieten Fairtrade-Produzentinnen und -Produzenten fairere Konditionen als der konventionelle Markt. Für weiterreichende Maßnahmen, wie existenzsichernde Löhne und Einkommen, braucht es aber den Einsatz und die Übernahme von Verantwortung der deutschen und europäischen (international agierenden) Unternehmen am Ende der Lieferkette. Das Ziel aller Akteure muss es sein, faire und nachhaltige Lieferketten zu gestalten, Erzeugerinnen und Erzeugern faire Preise zu zahlen und dafür zu sorgen, dass auch Haushalte mit geringem Einkommen Zugang zu fairen und nachhaltigen Produkten haben. Hier helfen gesetzliche Mindestvorgaben und unternehmerische Selbstverpflichtungen, um keinen Wettbewerb auf Kosten der Produzentinnen und Produzenten zu führen.

IV. Nachhaltiges Wirtschaften braucht fairen Handel – Was es für einen fairen Handel braucht

Aus den Leitsätzen und den Bedarfen der Akteure im Fairtrade-System ergibt sich eine große Bandbreite an politischen Positionen und Forderungen an die bundesdeutsche und europäische Politik. Um die sich aus den Leitsätzen ergebenden Ziele der politischen Arbeit zu erreichen, braucht es ein Zusammenspiel verschiedener politischer Instrumente, einen „Smart Mix“ zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. Im Wesentlichen lassen sich diese in die folgenden vier Kategorien einteilen:

- Gesetzliche Grundlagen für faire Wettbewerbsbedingungen
- Eine starke Nachfrage nach fairen Produkten
- Unterstützung für nachhaltiges Wirtschaften
- Unterstützung des fairen Handels und einer aktiven Zivilgesellschaft

Gesetzliche Grundlagen für faire Wettbewerbsbedingungen

Gesetzliche Grundlagen sind ein essentieller Baustein, um einen fairen Handel zu ermöglichen. Wenn sich nicht alle Unternehmen an faire Handelsbedingungen halten, benachteiligt das diejenigen, die Verantwortung für die Menschen in ihren Lieferketten übernehmen. Erst gleiche Ausgangsbedingungen auf der Grundlage von fairen Preisen, der Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten und Umwelt- und Klimaschutz ermöglichen einen fairen Wettbewerb. Daher braucht es gerade in Hinsicht auf existenzsichernde Einkommen und Löhne, Nachhaltigkeit im Wettbewerbsrecht und verantwortungsvolle Handelspraktiken gesetzliche Grundlagen.

Existenzsichernde Einkommen und Löhne sind ein Menschenrecht (Art. 23 UN-Menschenrechtskonvention) und zentral für nachhaltige und resiliente Lieferketten sowie Instrument zur Verwirklichung vieler SDGs und weiterer Menschenrechte. Fairtrade wirkt darauf hin, dass dies für Bäuerinnen und Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ursprungsländern zur Realität wird. Neben der Zusammenarbeit mit Unternehmen wirkt Fairtrade auch auf die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland und in der EU ein, damit existenzsichernde Löhne und Einkommen die Norm werden.

- Der menschenrechtliche Anspruch auf existenzsichernde Einkommen und Löhne muss auch für Menschen außerhalb der EU umgesetzt werden und daher in europäischen und nationalen Handelsregeln und -abkommen von Regierungen in Nord und Süd berücksichtigt werden.
- Unternehmen sind dazu angehalten, zu existenzsichernden Löhnen und Einkommen beizutragen. Verantwortungsvolle Einkaufspraktiken entlang globaler Lieferketten spielen hierbei eine zentrale Rolle. Das Recht auf existenzsichernde Löhne und Einkommen wird in der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) explizit aufgeführt. Jetzt braucht es eine klare Definition und Vorgaben für Unternehmen, wie sie dies umsetzen können. Nur so können Unternehmen ihre Sorgfaltspflichten effektiv und effizient erfüllen. Vage Formulierungen schaffen hingegen Unsicherheiten und führen oft zu aufwendigen und nicht zielgerichteten Maßnahmen.
- Bei der Überarbeitung der EU Richtlinie zu unfairen Handelspraktiken (UTP) gilt es, auch Lieferanten von außerhalb der EU vor unlauteren Handelspraktiken zu schützen, damit alle Akteure ein Einkommen erzielen, das ihre Existenz absichert.
- Alle Lieferkettenpartner müssen Transparenz und Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Hierbei helfen Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Wettbewerbsrecht muss Nachhaltigkeit ermöglichen und fordern.

- Das deutsche Kartellrecht muss die EU-Wettbewerbsregeln widerspiegeln, in denen Wettbewerber Absprachen treffen können, wenn diese sozialen, ökologischen oder anderen Nachhaltigkeitszielen dienen. Dies ist z. B. für die Zahlung von existenzsichernden Löhnen und Einkommen wichtig.
- Gleiches gilt für die öffentliche Beschaffung. Der Wettbewerb um öffentliche Aufträge muss weiter und verstärkt als Anreizinstrument für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster genutzt werden (SDG 12). Nachhaltigkeitsaspekte in der öffentlichen Beschaffung, wie der faire Handel, z. B. bei Gemeinschaftsverpflegung und Arbeitsbekleidung, leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise.

Verantwortungsvolle Handelspraktiken in internationalen Lieferketten müssen verpflichtend gemacht und gefördert werden. Lange Vertragslaufzeiten, pünktliche Zahlungen und vor allem faire Preise müssen zur Norm werden. Die bevorstehende Reform der EU Verordnung zu unlauteren Handelspraktiken muss dazu genutzt werden, um innerhalb und außerhalb der EU unfaire Praktiken, wie den Verkauf unterhalb der Produktionskosten, zu unterbinden. Zur erfolgreichen Umsetzung dieses Anspruchs bedarf es der Unterstützung für Produzentinnen und Produzenten außerhalb der EU durch die Europäische Union und die Bundesregierung.

Auf allen politischen Ebenen gilt es, die gesetzlichen Grundlagen für faire Handelsbedingungen voranzubringen:

- Menschen- und umweltrechtliche sowie klimabezogene Sorgfaltspflichten müssen auf UN-Ebene im UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten verankert werden.
- Die EU muss weiterhin für eine nachhaltige Wirtschaft und damit für die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten, Kinderrechten, Geschlechtergerechtigkeit sowie Klima- und Umweltschutz sorgen.
- In Deutschland und anderen EU-Mitgliedsstaaten gibt es bei der Umsetzung von EU-Richtlinien die Möglichkeit, effektive und effiziente nationale Gesetze zu gestalten, die deutschen Unternehmen dabei helfen, ihre Lieferketten nachhaltiger und damit resilienter aufzustellen.

Eine starke Nachfrage nach fairen Produkten

Der faire Handel und die Fairtrade-Standards gehen über die für die Ziele des fairen Handels nicht ausreichenden rechtlichen Vorgaben hinaus. Zur Ausweitung des fairen Handels braucht es daher eine starke Nachfrage. Diese kann durch verschiedene Anreizinstrumente gefördert werden.

Eine ausgeprägte **nachhaltige öffentliche Beschaffung** erhöht die Nachfrage nach fairen Produkten. Trotz großer Fortschritte in den letzten Jahren ist die Umsetzung in Deutschland immer noch lückenhaft. Verbindliche Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung, sowie eine intensivere und flächendeckende Unterstützung bei der Umsetzung in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen sind nötig.

Steuerliche Anreize für nachhaltige Produkte fördern eine nachfragegetriebene Transformation zu einer faireren und nachhaltigeren Wirtschaftsweise. Es ist dringend notwendig, dass das Steuer- und Finanzsystem sich an klar zu definierenden Nachhaltigkeitsaspekten orientiert, z. B. durch die Anpassung von Berechnungen (Lebenszykluskostenberechnungen) oder Besteuerungen, die nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion fördern. Hier bieten sich eine Reihe steuerrechtlicher Instrumente an:

- Die Einführung einer ökologisch und sozial orientierten Mehrwertsteuer.
- Geringere Zoll- und Steuersätze für nachhaltig zertifizierte Konsumgüter.
- Einen geringeren Unternehmenssteuersatz für nachhaltige und gemeinwohlorientierte Unternehmen.

Mittels Ausbeutung produzierte Güter müssen sanktioniert werden und Preise sollten einen Ausgleich für produktbezogene CO₂-Emissionen enthalten, um eine spürbare Lenkung in Richtung einer klimafreundlichen Wirtschaft zu bewirken.

Unterstützung für nachhaltiges Wirtschaften

Für die Transformation zu einer fairen und nachhaltigen Wirtschaftsweise braucht es ein förderliches Umfeld, in dem Unternehmen und andere Akteure bei Veränderungsprozessen Unterstützung erhalten. Gleichzeitig müssen Unternehmen in Deutschland und Europa selbst aktiv an der Transformation zu einer fairen und nachhaltigen Wirtschaft arbeiten. Fairtrade trägt auf mehreren Ebenen zu diesen Bemühungen bei: durch Vorgaben in den Fairtrade-Standards, durch Projekte in den Ursprungsländern mit Unternehmen und den Produzentinnen und Produzenten vor Ort sowie durch nützliche Dienstleistungen im Fairtrade-System. Dazu gehören zum Beispiel die Berechnung von Referenzpreisen für existenzsichernde Einkommen und die Bereitstellung satellitengestützter Geoinformationssysteme zur Erfüllung rechtlicher Vorgaben wie der europäischen Entwaldungsrichtlinie (EUDR). Die Beratung staatlicher und privatwirtschaftlicher Akteure in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern macht Fairtrade zu einem wichtigen Akteur dieser Transformation.

Für die Bundesregierung bedeutet dies, das **Regierungshandeln kohärent an nachhaltigen Entwicklungszielen auszurichten**. Dazu müssen die Folgen von Gesetzen und staatlichem Handeln auf die ökonomisch schwächsten Menschen sowie auf Klima und Umwelt analysiert und diesbezügliche Risiken reduziert werden, unter besonderer Berücksichtigung der Perspektive von Frauen und jungen Menschen.

- Eine Möglichkeit dies umzusetzen, ist die Einrichtung eines interministeriellen Arbeitskreises zu Nachhaltigkeitsfolgen staatlichen Handelns, der menschenrechtliche, soziale und ökologische Folgen (Spillover-Effekte) von Gesetzen, Subventionen und Handelsabkommen prüft. Fairtrade weist zusammen mit Mitglieds- und Partnerorganisationen auf existierende und potentielle Herausforderungen und Möglichkeiten der Transformation hin.
- Alle Ministerien müssen gemeinsam Maßnahmen zur Förderung gerechter Handelsstrukturen sowie sozialer Sicherheit von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Arbeiterinnen und Arbeitern in Ländern des globalen Südens umsetzen.
- Die Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie muss stärker auf Fairness ausgerichtet werden. Es braucht aussagekräftige und anspruchsvolle Indikatoren und Ziele. Entscheidend für den Erfolg ist die konsequente Umsetzung der Strategie in staatlichem und privatwirtschaftlichem Handeln.

Eine **auskömmlich finanzierte und eigenständige Entwicklungszusammenarbeit** ist eine wichtige Voraussetzung für viele Unterstützungsmaßnahmen für nachhaltiges Wirtschaften:

- Bäuerinnen und Bauern und ihre Umwelt sollen durch Sorgfaltspflichten, sowie soziale und ökologische gesetzliche Vorgaben in Deutschland, in der EU und in den Ländern des Globalen Südens selbst sowohl geschützt als auch unterstützt werden. Gleichzeitig verursachen diese Vorgaben auch Aufwand und Kosten am Anfang der Lieferkette. Fairtrade unterstützt Kooperativen und Produzentinnen und Produzenten bei der Umstellung zur Erfüllung dieser Vorgaben. Unternehmen in Deutschland und Europa müssen ihren fairen Anteil an diesen Kosten tragen. Gleichzeitig braucht es Unterstützungsprogramme der EU und von Mitgliedsstaaten.
- Der Zugang zu Vorfinanzierung, landwirtschaftlichen Krediten und relevanten Versicherungen für kleinbäuerliche Produzentenorganisationen (z. B. Ernteausfallversicherungen, Anpassung an den Klimawandel) in Ländern des globalen Südens muss ausgebaut werden.
- Ausgehend vom Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 müssen Anpassungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen in der landwirtschaftlichen Produktion, besonders in ländlichen Räumen im globalen Süden, gezielt unterstützt werden. Insbesondere die Erhaltung und Wiederherstellung von Böden, um mehr Kohlenstoff zu binden und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Überschwemmungen und Dürren zu erhöhen und die Förderung eines nachhaltigen Wassermanagements.
- Der Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen, für Gesundheitsdienste und Altersvorsorge muss weiter unterstützt werden. Fairtrade leistet bereits einen Beitrag zu Gesundheitsversorgung, als auch zur Unfall- und Altersvorsorge. Es bedarf jedoch weiterer systemischer Bemühungen von staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren.
- Bildungsförderung und berufliche Bildung muss im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter unterstützt werden.
- Für diese Veränderungen brauchen die Ursprungsländer Finanzmittel, die aktuell oft durch einen hohen Schuldendienst blockiert sind. Den betroffenen Ländern muss eine Investition dieser Mittel in nachhaltige Produktionsweisen, wirtschaftliche Entwicklung und ihre Sozialsystemen ermöglicht werden. So können die Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erhöhung des Steueraufkommens in den Ursprungsländern langfristig profitieren.
- Multi-Stakeholder-Initiativen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen verstärkt unterstützt werden, um durch anspruchsvolle und innovative Ansätze faire und nachhaltige Lieferketten zu stärken.

Die Unterstützung nachhaltigen Wirtschaftens ist jedoch keine rein staatliche Aufgabe. Privatwirtschaftliche Akteure und ihre Verbände haben ebenfalls eine Verantwortung. Sie profitieren am Ende von resilienten Lieferketten. Um dies zu erreichen braucht es:

- Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft und faire Handelsbedingungen,
- die Beendigung unfairer Machtverhältnisse entlang globaler Lieferketten,
- die Achtung von Kinderrechten und Geschlechtergerechtigkeit,
- die Förderung von Agrarökologie und den Schutz der Biodiversität,
- sowie die Zahlung existenzsichernder Löhne und Einkommen.

Unterstützung des fairen Handels und einer aktiven Zivilgesellschaft

Fairtrade setzt sich gemeinsam mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Partnern in Deutschland für gerechten Handel und die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ursprungsländern ein. Um die Wirkung dieses Einsatzes zu vergrößern, braucht es auch Unterstützung für die Organisationen des fairen Handels selbst. Das gilt insbesondere für die Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, wie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit:

- Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland zur Bewusstseinsbildung für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion muss weiter gefördert werden.
- Bestehende Initiativen und Kampagnen, z. B. von Weltläden, Eine-Welt-Landesnetzwerken und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu fairem Handel sowie von Fairtrade Deutschland, brauchen Unterstützung.
- Weiterbetrieb und die Ausweitung der Kampagnen Fairtrade-Towns, -Schools und -Universities sowie weiterer Nachhaltigkeitskampagnen im Bildungs- und Jugendsektor, wie z. B. die „FairActivists“. Diese sensibilisieren Menschen für das Thema und tragen oft zu konkreten Veränderungen innerhalb der Kommunen bei. Als wichtiger Bestandteil dieser Arbeit sollte auch der Austausch mit Menschen aus den Produktionsländern von Fairtrade-Produkten unterstützt werden.

Die Herausgeber danken den Hinweisgebenden für die Mitteilung von Fehlern in der Erstauflage.
Diese wurden in der überarbeiteten Fassung (Stand: Dezember 2025) korrigiert.

Bildnachweise Titelseite:

- © Fairtrade Deutschland /Miguel Tabora
- © Fairtrade Deutschland /Zamira Ramírez / Sergio Calderón
- © Fairtrade Deutschland /Lubomír Kadaně
- © Fairtrade Deutschland /Francis Kokoroko

Fairtrade Deutschland wurde 1992 als „TransFair e.V.“ mit dem Ziel gegründet, benachteiligte Produzentengruppen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Als unabhängige Organisation handelt Fairtrade Deutschland nicht selbst mit Waren, sondern setzt sich dafür ein, den Handel mit fair gehandelten Produkten und Rohstoffen zu fördern und mehr Bewusstsein für nachhaltigen Konsum zu erreichen. www.fairtrade.net

Fairtrade Deutschland gehört zum internationalen Verbund Fairtrade International, einem gemeinnützigen Verein, in dem Fairtrade-Organisationen aus mehr als 25 Ländern und die drei kontinentalen Produzentennetzwerke zusammengeschlossen sind.

Fairtrade International entwickelt die international gültigen Fairtrade-Standards.

Alle beteiligten Akteure entlang der Lieferkette werden regelmäßig von FLOCERT GmbH kontrolliert. Die Gesellschaft arbeitet mit einem unabhängigen und weltweit konsistenten Zertifizierungssystem nach den Anforderungen der Akkreditierungsnorm ISO 17065 (DIN EN 45011). Mehr Infos: www.flocert.net

Rückfragen bitte an:

Claudia Brück

Vorständin Kommunikation, Politik und Kampagnen

T. +49 (0)221 94 20 40 – 31 | c.brueck@fairtrade-deutschland.de

Fairtrade Deutschland e.V.

Maarweg 165 | 50825 Köln

Telefon +49 (0) 221-94 20 40-0 | Fax +49 (0) 221 – 94 20 40-40

info@fairtrade-deutschland.de | www.fairtrade.net

